

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 98/99  
Telefax: 8 99 848 ppbn d  
Telefax: 21 09 84

## Inhalt

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB zum Abschied von Gebhard Müller: Stets ein Wächter der Demokratie gewesen.

Seite 1

Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB zur gefährlichen Ausweitung der Kuwait-Krise: Das Pulverfaß mit Diplomatie entschärfen!

Seite 2

### Dokumentation:

Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste hat gegen den beabsichtigten Besuch des rechtsextremistischen französischen Parteiführers Le Pen in Auschwitz protestiert. Wir dokumentieren den Protest im Wortlaut.

Seite 4

45. Jahrgang / 152

10. August 1990

### Stets ein Wächter der Demokratie gewesen Zum Abschied von Gebhard Müller

Von Dr. Herta Däubler Gmelin MdB  
Stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD

Gebhard Müller ist tot. Der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der noch vor vier Monaten seinen 90. Geburtstag feierte, starb am 7. August 1990. Schon zu seinen Lebzeiten ist Gebhard Müller bei den verschiedensten Anlässen hochgerühmt worden. Als "Baumeister des Südwest-Staates" bezeichneten ihn diejenigen, die an seine Verdienste um die Vereinigung der von den Besatzungsmächten geschaffenen Länder Nordwürttemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden zum jetzigen Bundesland Baden-Württemberg erinnern wollten. Nach dem Ende seiner Amtszeit als Präsident des Bundesverfassungsgerichts wurde ihm bescheinigt, er sei jederzeit ein "Wächter der Demokratie" und "Diener seiner Mitbürger" gewesen.

Diese Charakterisierungen treffen auf einen Mann zu, dessen Leben von Gradlinigkeit, Unbestechlichkeit, Sachlichkeit, aber auch sozialen Verständnis geprägt war. Nur so ist zu erklären, daß auch dem Parteipolitiker Gebhard Müller von allen Seiten stets Respekt gezollt wurde und das eine Amtsführung als Präsident des Bundesverfassungsgerichts nie Anlaß zu Kritik gab.

Als Sohn einer kinderreichen Lehrersfamilie, der sich sein Jurastudium als Werkstudent verdienen mußte, wurde er für soziale Fragen schnell sensibel.

In den Jahren 1929 bis 1933 arbeitete er als Justitiar beim Bischöflichen Ordinariat in Rottenburg. In dieser Zeit engagierte er sich bei der Deutschen Zentrumspartei. 1933 wechselte er in den Justizdienst über, ohne jedoch seine politischen Anschauungen preiszugeben. So galt er den Nationalsozialisten schon bald als "unzuverlässig". Nach dem Brand der Göppinger Synagoge in der "Reichskristallnacht" erstattete er gegen den Landrat Anzeigebewertung wegen Untätigkeit und wurde daraufhin zum Amtsgericht Stuttgart strafversetzt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges engagierte er sich sehr bald beim demokratischen Wiederaufbau seines Heimatlandes.: 1945 beauftragte ihn Carlo Schmid mit der Errichtung der Justizverwaltung in Württemberg-Hohenzollern. Bereits 1946 wurde er Vertreter des Justizministers. Er trat in die CDU ein, wurde Landesvorsitzender in Süd-Württemberg und Hohenzollern. Im August 1948 wählte ihn der Landtag von Württemberg-Hohenzollern zum Staatspräsidenten.

Sein größter politischer Erfolg war die Aufnahme des Artikel 118 in das Grundgesetz, der eine Neugliederung der über diese Frage zerstrittenen badischen und württembergischen Länder durch ein Bundesgesetz ermöglichte.

Von 1953 bis 1958 leitete er als Ministerpräsident den Aufbau des neugeschaffenen Südweststaates ein.

Der Abschied von der Landespolitik und die Annahme des Rufes als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes im Jahre 1958 fiel ihm schwer. Letztlich auf Anraten seines Arztes gab er dann doch das strapaziöse Amt des Ministerpräsidenten auf und stand dann 13 Jahre lang an der Spitze unseres obersten Gerichts. Er wurde zugleich Vorsitzender des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichtes. In seine Amtszeit fallen wichtige Entscheidungen zur Interpretation der Grundrechte, so zum Beispiel des Sozialstaatsprinzips, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Pressefreiheit und der Kunstfreiheit.

Sein Verhältnis zu seinen Richterkollegen und -kolleginnen war geprägt von dem Bemühen, konsensfähige Entscheidungen herbeizuführen, ohne die individuellen Rechtsauffassungen der einzelnen Mitglieder des Senates zu unterdrücken. So hat er sich stets gegen die Einführung des (veröffentlichten) Sondervotums gewehrt. Nach außen hin war seine Amtsführung geprägt durch Nüchternheit und Bescheidenheit. Übertriebene Selbstdarstellung und Verschwendung waren ihm ein Grauel

Müller, der sich selbst als ein Mann der Mitte bezeichnete, war ein von allen Seiten geschätzter Politiker und Jurist. Zu seinen Tugenden zählten Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit in der Sache - auch über Parteilinien hinweg, absoluter Gerechtigkeitssinn, dabei soziales Verständnis und Verbundenheit mit den Menschen, Sachlichkeit und Fairness.

Unser Gemeinwesen hat mit seinem Tod einen großen Verlust erlitten.

(-/10. August 1990/rs/tr)

\*\*\*\*\*

### **Das Pulverfaß mit Diplomatie entschärfen! \*** **Zur gefährlichen Ausweitung der Kuwait-Krise**

**Von Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB**

**SPD-Sprecher in der "Parlamentarischen Vereinigung für Euro-Arabische Zusammenarbeit"**

Man kann sie förmlich aufatmen hören, - die Wörners, Cheneys, Stoltenbergs und andere westliche Spitzenmilitärs. Von Gorbatschow schmählich um ihre Existenzberechtigung betrogen, sahen sie bis vor wenigen Tagen schon einer wenig verlockenden Zukunft als Ostblockmisere-Aufräumkommandos oder Umweltschutz-Ordnungstruppen entgegen. Dank Saddam Hussein ist die Welt nun wieder in Ordnung, es gibt wieder ein Feindbild!

Haben die Militärs nicht schon immer gesagt, daß sie unverzichtbar seien? Ihre Flexibilität ist grenzenlos. Viel schneller als die Politik haben sie ihre zukünftige Rolle als Hüter der Interessen der entwickelten Welt vor der Habgier der Habenichtse erkannt. Da kommt so ein orientalischer Gernegroß, der die Frechheit besitzt, die Översorgung der Industrieländer zu stören, doch gerade richtig.

Auch Stoltenberg würde am liebsten die deutsche Marine in Marsch setzen, um den Arabern am Golf zu zeigen, auf welche Rolle sie sich in der internationalen Arbeitsteilung zu bescheiden haben. Er jedenfalls bräuchte nicht wie der eher zögerliche Bush die aufmunternde Unterstützung der eisernen Lady aus London.

Die Lage am Golf ist aber viel zu brisant, daß sie allein den Militärstrategen überlassen werden könnte. Was sich im Nahen Osten zur Zeit zusammenbraut, ist mehr als ein innerarabischer Kampf um die regionale Vormachtstellung. Die Kuwait-Krise kann Dimensionen erreichen, die das Verhältnis der westlichen Welt zu ihren wichtigsten Öllieferanten gründlich durcheinander bringt.

Zur Disposition steht nicht mehr nur die Existenz von Kuwait, bedroht sind vielmehr auch die anderen kleinen Öl-Länder am Golf wie Bahrain, Katar und die Emirate und vor allem auch Saudi-Arabien.

Saddam Hussein ist viel zu klug, als daß er nicht wüßte, daß er allein mit seinem Hegemonialanspruch in der übrigen arabischen Welt bald isoliert da stehen würde. Er braucht für sein kompromißloses Vorgehen eine umfassendere Rechtfertigung als sein eigenes Machtstreben.

Dazu baut er sich seit langem sehr geschickt als neue arabische Führungspersönlichkeit von historischer Dimension auf. So hat er den Arabern das in vielen gegen Israel verlorenen Kriegen angeschlagene Selbstbewußtsein wiedergegeben, indem er den jahrelangen Krieg gegen den anderen Erzfeind Persien gewann. Mit dem neuerlichen Einsatz der Ölwanne versucht er nun, die arabische Machtstellung in der Welt kräftig aufzuwerten. Hinzu kommt, daß er geschickt Stimmung gegen die reichen arabischen Ölländer macht, die alle eher konservative Feudalstaaten sind.

Mit einer Mischung aus einer Aufwärmung der alten Ideen vom "arabischen Sozialismus" und demagogischer Mobilisierung des Neidkomplexes in den armen arabischen Ländern präsentiert sich der irakische Machthaber als neuer revolutionärer Führer. Daß man sich in so einer Rolle mit der kapitalistischen Führungsmacht USA anlegt, ist nur folgerichtig und erhöht die Ehre.

Der Beifall in großen Teilen der arabischen Welt, vor allem bei den ärmeren Massen ist vorprogrammiert. Die Botschaft, das Öl gehört als Geschenk Allahs allen Arabern, kommt an.

So ist es gar nicht erstaunlich, wie schwer sich die arabischen Staatschefs mit der neuen Lage tun. Die nur halbherzige Verurteilung der Annektion eines Bruderstaates ist somit ebenso verständlich wie das offensichtliche Abrücken der bisher größten Amerika-Freunde von den militärischen Plänen der USA.

Der Schlingerkurs von Mubarak ist ein deutliches Symptom für die Verunsicherung der arabischen Welt.

Die Genehmigung Saudi-Arabiens zur amerikanischen Truppenstationierung erfolgte daher mit größten politischen Bauchschmerzen. König Fahd ist klar, daß er sich so zwar sein Feudalsystem vorerst stabilisieren kann, daß er sich aber damit in der arabischen Welt weiter isoliert.

Daß bei Saddam Hussein der politisch-moralische Anspruch mit den Mitteln seiner Politik nicht übereinstimmt, wird ihm in der arabischen Öffentlichkeit ebenso verziehen, wie auch seine menschenverachtende Politik des brutalen Giftgaseinsatzes gegen Iraner und Kurden.

Egal wie der momentane Konflikt sich weiter entwickeln wird, sicher ist, daß die jahrzehntelange Stabilität der wichtigsten arabischen Ölländer gefährlich ins Wanken gerät.

Insofern ist dies sicher ein Problem, das die Industrieländer lebenswichtig tangiert. Es ist somit auch folgerichtig, daß Übereinstimmung darin besteht, einen gefährlichen Potentaten zu stoppen, der so offensichtlich mit dem Feuer spielt.

Die Frage ist allerdings, ob dies nur mit militärischen Mitteln erreicht werden kann. Immerhin besteht darin die Gefahr, daß das Pulverfaß Nahost erst recht wieder entzündet wird. Noch sind alle Möglichkeiten der Diplomatie, der Vermittlung der Arabischen Liga und der Vereinten Nation sowie des politischen und wirtschaftlichen Drucks nicht voll ausgeschöpft.

(-/10. August 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

\* Dieser Artikel von Prof. Osswald ist in unserer gestrigen Ausgabe nicht in vollem Umfang erschienen. Wir entschuldigen uns für diesen technisch bedingten Fehler beim Autor, der seinen Beitrag für diese Ausgabe aktualisiert hat, und bei unseren Lesern.

## **DOKUMENTATION**

### **Protest gegen Auschwitz-Besuch von Le Pen**

Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste hat gegen den beabsichtigten Besuch des rechtsextremistischen französischen Parteiführers Le Pen in Auschwitz protestiert. Wir dokumentieren Ihre Erklärung, der sich die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) nach den Worten Ihres Vorsitzenden Heinz Putzrath voll inhaltlich anschließt.

Der französische Politiker Jean Marie Le Pen, Vorsitzender der rechtsextremen Front Nationale, will am 15. August 1990 die Gedenkstätte Auschwitz besuchen. Wir sind in tiefer Sorge, daß dieser Besuch nur der Verbreitung rechtsextremer Propaganda und Lügen dienen soll. Le Pen vertritt sowohl in Frankreich als auch im Europäischen Parlament eine offen antisemitische und rassistische Politik. Seine bisherigen Äußerungen zu dem in Auschwitz verübten nationalsozialistischen Völkermord waren Versuche, diese Verbrechen zu relativieren und zu verharmlosen, sie waren eine brutale Verhöhnung der Opfer.

Ein Auftritt Le Pens in Auschwitz ist für die Überlebenden der NS-Vernichtungspolitik eine ungeheure Provokation. Diese Provokation trifft auch alle, die mit der Erinnerung von Auschwitz die Verpflichtung übernommen haben, für eine menschliche Gesellschaft frei von Antisemitismus, Rassismus und Krieg zu leben und zu arbeiten.

Deshalb protestiert die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste öffentlich gegen einen Besuch Le Pens in der Gedenkstätte Auschwitz und ruft dazu auf, sich diesem Protest anzuschließen.

Wir teilen die Sorge polnischer liberaler Kreise, daß durch einen Auftritt Le Pens in Auschwitz am 15. August und der geplanten Teilnahme an einem Gottesdienst vor dem Karmeliterinnenkloster der mühsam erarbeitete Kompromiß zwischen Katholiken und Juden um das Kloster gefährdet wird.

(-/10.8.1990/vo-he/rs)

\*\*\*\*\*